



Dr. Klaus von Dohnanyi
23. Juni 1928. Deutscher Politiker und Manager. In Hamburg geboren. 1944/45 Kriegsdienst. 1946 Abitur, anschließend Jurastudium in München mit Promotion zum Dr. jur. und Studienfortsetzung in den USA. 1953–1960 Leitender Mitarbeiter bei Ford in Detroit und Köln. Nachfolgend acht Jahre lang Infratest-Geschäftsführer. 1968 Wechsel des Sozialdemokraten in die Politik als Staatssekretär bzw. ab 1972 als Minister. Erster Bürgermeister seiner Vaterstadt in den Jahren 1981–1988. Nach der Wiedervereinigung verantwortliche Tätigkeiten im Aufbau Ostdeutschlands, u. a. im Vorstand der Treuhandanstalt. Begehrter Schlichter bei Tarifstreitigkeiten.

Dr. Klaus von Dohnanyi

Bürgermeister a.D., Hamburg

„Deutschlands europäischer Auftrag“

Herr von Foerster, meine sehr verehrten Damen und Herren, zunächst bedanke ich mich herzlich für diese umfangreiche und etwas beschämende Einführung, muss ich sagen, aber es ist immer schön, auch zuzuhören, bei so lobenden Worten. Ich will sprechen über Deutschlands europäischen Auftrag.

I

Meine Damen und Herren, als die Mauer fiel und das Sowjetreich unter der weichen Pranke grenzenloser Kommunikation in Stücke brach, gab es einen Artikel in den amerikanischen Medien mit inzwischen Zitat gewordener Überschrift: „Das Ende der Geschichte“. Der amerikanische Politologe und Politikberater Fukuyama vertrat darin die von mir hier etwas vereinfachte These, mit dem Zusammenbruch des real-sozialistischen Sowjet-Imperiums sei die Gegenwelt des Kapitalismus eingestürzt, nun würden Demokratie und Marktwirtschaft den Globus überziehen – und damit die Gegensätze, aus denen der konfliktreiche Prozess der Geschichte sich bisher gespeist habe, einebnen. Die Geschichte, aus der unsere heutigen Strukturen erwachsen seien, wäre also an ihrem „Ende“ angekommen.

Fukuyama bezog sich dabei im Kern offenbar auf eine ohnehin fragwürdige These, nämlich dass liberale Demokratien miteinander keine Kriege führen würden, sondern ihren Wettbewerb mit den friedlichen Mitteln des Marktes austragen. Globalisierung gewissermaßen als Frieden stiftende Evolution.

Selbst wenn diese These richtig wäre, so müsste man wohl, um ein „Ende der Geschichte“ zu postulieren, mindestens den Zeitpunkt dieses „Endes“ weit in die Zukunft verschieben, da der größte Teil der Welt noch einen langen Weg in die Demokratie vor sich hat. Aber auch die Entwicklungen der letzten Jahre – grell signalisiert am 11. September 2001 – haben gezeigt, dass es internationale Konflikte nicht nur aus staatlicher, sondern zunehmend auch aus der Konfrontation religiöser oder anderer fanatisierter Gruppierungen geben kann. Dann aber hätten sich lediglich die Konfliktursachen verändert, und Geschichte würde nun von anderen, nicht weniger konfliktträchtigen Kräften bewegt. Und schließlich ist es auch offensichtlich, dass große Schwellenländer wie China, Indien, Brasilien, Mexiko ihre erwarteten Gewichte im Weltmachtgefüge nicht ohne strukturelle Veränderungen erreichen können.

Mir schien deswegen schon zum Zeitpunkt des Erscheinens von Fukuyamas Artikel eher eine diametral entgegengesetzte These einleuchtender: Nach der ideologischen Vereisung im Ost-West-Konflikt, also einer Art Stillstand zwischen Europa Ost und West seit 1945, bedeutete der Zusammenbruch der Sowjetunion nicht das *Ende*, sondern vielmehr eine *Rückkehr* in den großen Strom der Menschheitsgeschichte, wie wir ihn zurückschauend glauben erkennen zu können, ohne jedoch seine Zukunft auch nur zu ahnen. Nach langer, gewissermaßen künstlicher Unterbrechung durch Russische Revolution und Zweiten Weltkrieg nahm dieser über viele Jahrhunderte verlaufende Prozess einer Gleichzeitigkeit von einerseits trennender Nationenbildung und andererseits weltwirtschaftlicher Verflechtung seine gefährlichen, evolutionären Tendenzen wieder auf. Weltweit und in Europa selbst.

Abgrenzung durch staatliche Nationenbildung einerseits und doch gleichzeitig zunehmende Verflechtung der Völker und Staaten andererseits, das kennzeichnet in der Tat heute die Entwicklung der Welt wieder deutlicher als in den Jahren des Kalten Krieges. Während vor 1990 die Konfrontation der Blöcke diesen Prozess innerhalb des jeweiligen Machtbereichs behinderte, mindestens aber stark überdeckte, gewinnen nun Sprachräume, Ethnien und sich neu herausbildende Staaten wieder Freiheiten der Entwicklung. 1946 gab es 74 unabhängige Staaten, 1995 waren es 192. Viele sind sehr klein: 35

Dr. Klaus v. Dohnanyi
23. Juni 1928. Deutscher Politiker und Manager. In Hamburg geboren. 1944/45 Kriegsdienst. 1946 Abitur, anschließend Jurastudium in München mit Promotion zum Dr. jur. und Studienfortsetzung in den USA. 1953–1960 Leitender Mitarbeiter bei Ford in Detroit und Köln. Nachfolgend acht Jahre lang Infratest-Geschäftsführer. 1968 Wechsel des Sozialdemokraten in die Politik als Staatssekretär bzw. ab 1972 als Minister. Erster Bürgermeister seiner Vaterstadt in den Jahren 1981–1988. Nach der Wiedervereinigung verantwortliche Tätigkeiten im Aufbau Ostdeutschlands, u. a. im Vorstand der Treuhandanstalt. Begehrter Schlichter bei Tarifstreitigkeiten.

haben weniger als eine halbe Million Einwohner. Der Prozess ist noch längst nicht beendet, wie wir wissen. Denn einerseits beobachten wir eine Bildung immer größerer Einheiten, wie die Europäische Union oder in Ansätzen auch NAFTA oder SEATO, und andererseits sehen wir überall zugleich ethnisch und sprachlich motivierte Zerfallsprozesse, wie zum Beispiel vor einigen Jahren besonders deutlich in der ehemaligen Sowjetunion, heute noch gefährlich auf dem Balkan, andeutungsweise aber sogar in Italien (Liga Nord) und Frankreich (Korsika), in Spanien (Baskenland) oder auch in Großbritannien in der „devolution“ Schottlands oder ähnlichen Bestrebungen in Wales. Das heißt: Der Nationalstaat bleibt zwar ein wichtiger Baustein auch größerer politischer Einheiten, aber sogar innerhalb der Nationen wächst das Bedürfnis nach Regionalisierung, nach ethnischer und sprachlicher Autonomie, gelegentlich bis hin zur Sezession.

Wenn wir die Entwicklungen seit 1989/90 mit etwas Abstand betrachten, dann können wir kaum feststellen, dass die Welt überschaubarer oder gar konfliktfreier geworden wäre. Im Gegenteil, damals, in Zeiten des Kalten Krieges, standen wir zwar ständig unter der Bedrohung schwer kalkulierbarer Ost-West-Spannungen, aber an diese hatte man sich gewöhnt, und die Fronten waren klar. Heute ist diese Klarheit nicht nur verschwunden, es sind zugleich neue Bedrohungen entstanden. Damit meine ich nicht nur die beschleunigte Globalisierung, nicht nur die gewalttätigen Entwicklungen, die wir Europäer hautnah auf dem Balkan spüren, und auch nicht nur die verschärfte kulturelle Konfrontation mit Ländern des Islam und die quasimilitärische Auseinandersetzung mit den radikal-islamistischen Bewegungen in der Welt, den globalen Terrorismus und seine Gefahr übrigens auch für das Selbstverständnis des liberalen Rechtsstaats: Es gibt als Folge des Zerfalls der Sowjetunion darüber hinaus auch neue wirtschaftliche und politische Herausforderungen, die unbewältigt durchaus zu Gefahren für das bisher so erfolgreiche Westeuropa der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts werden könnten.

Denn der Zusammenbruch des Sowjetimperiums hat den Völkern Mittel- und Osteuropas zwar die Freiheit wiedergegeben, aber er hat uns Westeuropäer auch wieder in offene Nachbarschaften mit den Völkern Mittel- und Osteuropas gerückt, obwohl diese Völker seit über einem halben Jahrhundert unter sowjetischer Vorherrschaft politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich völlig anders geprägt wurden als unser Westen. Diese Völker Mittel- und Osteuropas gehörten einst zum alten Europa wie wir selbst. Sie sind nun nicht mehr die Kasernierten des Sowjetblocks von gegenüber, sondern ein Teil von uns – und doch so viel schwächer und so ganz anders geformt, als wir im freien Westen geworden sind. Das bedeutet neue Aufgaben und neue Risiken.

Als 1989 die Mauer in Berlin fiel und sich Ost und West im Freiheitsrausch in den Armen lag, wurde die deutsche Wiedervereinigung de facto bereits vollzogen, auch wenn Politiker ohne historischen Sinn, wie Margaret Thatcher, oder, verunsichert in taktischer Befangenheit, wie François Mitterand, hofften, den Zug der Zeit noch einmal aufhalten zu können wie einst ihre Vorgänger im 19. Jahrhundert. 1989 wurde aber de facto ebenso zwangsläufig auch der zukünftige Weg der Europäischen Gemeinschaft neu ausgerichtet: Die Osterweiterung der Europäischen Gemeinschaft wurde unausweichliches Programm.

Niemand konnte danach auf dem Standpunkt verharren: Zwar seien Dublin, Oslo und Lissabon natürliche Teile einer Europäischen Gemeinschaft, nicht aber Warschau, Prag, Pressburg, Budapest oder Belgrad. Wie die deutsche Wiedervereinigung im Jahre 1989 eine logische Konsequenz der Geschichte wurde, so wurde in historischer Perspektive eben auch die Zusammenghörigkeit der Nationen Europas eine Notwendigkeit, sobald sie ihre politische und militärische Blockzugehörigkeit hinter sich lassen konnten.

Welcher europäische Staatsmann hätte vernünftigerweise an einer solchen „Wiedervereinigung“ Ost- und Westeuropas zweifeln dürfen? Zwar konnte man – und sollte man – die mit dieser Perspektive verbundenen politischen und wirtschaftlichen Probleme und Risiken deutlich machen; und zwar gerade angesichts der Erfahrungen, die Deutschland schon sehr bald mit dem Verlauf seines Einigungsprozesses gemacht hatte. Derartige Hinweise waren –

und bleiben – nicht nur notwendig, sie bezeugen sogar erst einen wirklich verantwortungsvollen Umgang mit dieser immens schwierigen Aufgabe. Aber es konnte dennoch in der Frage Osterweiterung niemals um ein „ob“ gehen, sondern immer nur um das „wer“, „wie“ und „wann“.

II

Das Jahr 1990 war insofern also eher das Jahr einer Rückkehr Europas in das natürliche Strombett der europäischen Geschichte als das „Ende“ dieser Geschichte. Plötzlich mussten die Nationen in West und Ost ihr Verhältnis zueinander wieder definieren. Keine hegemoniale Blockmacht in Ost oder West konnte ihnen dafür Vorschriften machen, auch wenn die ehemalige Blockmacht Sowjetunion, bzw. nun Russland, im Osten noch fortwirkte und -wirkt, doch dies immer nur noch defensiv, nicht gestaltend. Der Zug Osteuropas (also der Staaten westlich Russlands) tendierte wieder nach Westen, zur Europäischen Union. Europa fand wieder zu sich.

Damit gewannen aber in Ost und West auch die Erinnerungen der Völker an ihre Geschichte wieder an Bedeutung. So war jede der westlichen Nationen darum bemüht, in diesem Prozess ihre besonderen historischen Beziehungen zu aktivieren, wie zum Beispiel Frankreich zu Polen oder Serbien, oder auch Schweden zu den baltischen Ländern, Österreich zu Ungarn und den katholischen Balkanstaaten, usw. Und ebenso suchten die bisher von der Sowjetmacht eingekerkerten mittel- und osteuropäischen Nationen wieder nach ihren historisch geprägten Westkontakte, wie eben die baltischen Länder zu Skandinavien und Deutschland, oder Polen zu Frankreich, und Ungarn zu Österreich, usw.

In solchen, historisch geprägten Beziehungen befand sich natürlich auch das wiedervereinigte Deutschland. Allerdings galten und gelten für uns Prägungen mit besonderer Belastung. Das Verhältnis zu Polen war verdunkelt, sowohl von einer Jahrhundertelangen Rivalität in ethnisch und sprachlich durchmischten Gebieten. Der späteren Vertreibung dieser Deutschen aus Polen nach 1945 waren historisch nicht nur die mehrfachen Teilungen Polens unter Beteiligung deutscher Staaten vorangegangen; Deutschland hatte im II. Weltkrieg Polen überfallen, Volk und Land in verbrecherischer Weise geschunden, Menschen versklavt und in Massen ermordet. Tyrannie und Verbrechen hatte das Nazi-Regime auch in Tschechien, in der Slowakei, in den heutigen Nachfolgestaaten der Sowjetunion (GUS-Staaten) und natürlich auch in Russland sowie auf dem Balkan verübt. Als dann 1990 die Ost-West-Konfrontation wichen, waren diese Erinnerungen natürlich nicht aus den Gedächtnissen der Völker verschwunden. Im Gegenteil, die Sowjetunion hatte sie als Bindemittel des Blocks wachgehalten, und nun, in der Freiheit der Gedanken, spielten sie erneut eine bedeutsame Rolle und konnten auch politisch leicht instrumentalisiert werden.

So entstand nach 1990 für uns Deutsche eine widersprüchsvolle Lage: Einerseits war Deutschland nun nicht nur erneut das mit Abstand bevölkerungsstärkste Land in Europa geworden (wenn man einmal Russland mit seiner großen asiatischen Ausdehnung zwar auch als einen Teil europäischer Kultur, nicht aber als eine europäische Nation betrachtet). Deutschland war durch die „alte“ Bundesrepublik auch wieder die wichtigste Wirtschaftsmacht des wiedervereinigten Kontinents und die DM im Westen unbestritten die europäische Leitwährung. Zugleich lastete aber auf diesem Deutschland die Erinnerung der Völker Europas an den II. Weltkrieg und an die Nazi-Verbrechen. Wir standen darüber hinaus Grenzfragen, Problemen der Wiedergutmachung, aber auch der Behandlung des Vertriebenenproblems der Deutschen selbst gegenüber. Themata, die zum Teil bis heute nachwirken, wie man während der letzten Wochen an der Debatte zwischen Tschechien und Deutschland über die so genannten Benesch-Dekrete erkennen konnte.

Natürlich hatten solche Belastungen nach 1945 auch im Verhältnis zu unseren „westlichen“ Nachbarn eine Rolle gespielt. Als das Land der Mitte auf dem europäischen Kontinent, das mehr angrenzende Nachbarn hat als jede andere europäische Nation (neun insgesamt mit fünf anderen Sprachen), hatte Deutschland mit allen Nachbarn, bis auf die Schweiz, über Jahrhunder-

te, konfliktreiche Erfahrungen gemacht. Die Terrorjahre des Nazi-Regimes schienen dann vielen Nachbarn nur wie die Summe dieser Erfahrungen. Es war nach 1945 auch im „Westen“ nicht leicht, diese Geschichte zu historisieren und zwischen den Deutschen und den jeweiligen Nachbarn wieder relativ normale Verhältnisse entstehen zu lassen. Auch im „Westen“ dauerte diese Entwicklung oft über Jahrzehnte, und noch immer gibt es, zum Beispiel bei Niederländern, Briten oder Dänen, politisch sehr leicht gegen „die Deutschen“ zu aktivierende Animositäten und Vorbehalte.

Nicht immer sind diese Gefühle nur historisch bedingt. Manchmal plagt die Nachbarn auch ihr schlechtes Gewissen der eigenen Kollaboration mit den Nazis, und umso lauter verurteilen sie dann pauschal „die Deutschen“. Und auch nicht immer hat nachbarschaftliche Kritik mit unserer Art, unseren Lebensformen zu tun, weil Humor und Lebensfreude ja nicht unsere hervorstechenden Eigenschaften sind. Es gibt auch Ursachen für negative Urteile über uns, die in diesem Sinne weniger mit den Deutschen selbst oder mit unserer Geschichte der Nazi-Jahre zu tun haben als mit von uns nun wirklich nicht veränderbaren Faktoren: nämlich der Größe unseres Sprachraums, der Kraft unserer Wirtschaft – und eben unserer geographischen Lage. Wir haben unsere Nachbarn stets beunruhigt: Solange wir in Kleinstaaten zersplittert und politisch schwach waren, stritten die Nachbarn auf unserem Boden um die Vormacht im deutschsprachigen Raum; die Franzosen von Westen, die Dänen und Schweden von Norden; im Süden drangen die Türken tief in die deutschsprachigen Lande des heutigen Österreich ein. Und im Osten bot das stets expansionslüsterne Russland immer wieder eine gefährliche Reibungsfläche.

In Verträgen, wie denjenigen von Münster und Osnabrück 1648, zum Beispiel, versuchten die europäischen Mächte eine nationale Einheit der Deutschen durch europäische Verträge zu verhindern. Es beunruhigte unsere Nachbarn dann im 19. Jahrhundert, dass auch wir die Vielfalt der Teilstaaten endlich bündeln wollten, wie alle anderen großen Nationen in Europa auch. Als wir dann schließlich nach 1871 die bescheidenere kleindeutsche Lösung (die 1848er Demokraten wollten hitzköpfig eine großdeutsche mit Österreich!) gefunden hatten, da beunruhigte die Nachbarn der wirtschaftliche Erfolg und die wachsende Macht Deutschlands, obwohl Bismarcksche Friedensdiplomatie die kleindeutsche Lösung ausdrücklich für „saturiert“ erklärte und damit auch dem Kontinent eine lange Friedensperiode ermöglichte. Den Nachbarn wäre eben ein zersplittertes Deutschland stets lieber gewesen. Noch Mitte der 90er Jahre antwortete Margaret Thatcher in einem Interview ganz offenherzig, sie habe 1990 Deutschland geteilt halten wollen, denn es gebe einfach zu viele Deutsche! Und das, obwohl damals – und heute – die Bundesrepublik wirklich alles andere als eine gewaltsame Bedrohung hätte sein können, schon gar nicht für unsere oft so viel schießfreudigeren englischen See-Nachbarn! Allein während der Regierungszeit der Kaiserin Viktoria hatte England nämlich 72 Kriege in aller Welt geführt! Damit verglichen waren wir Deutschen im 19. Jahrhundert nahezu pazifistisch.

Dies also ist heute die Lage Deutschlands, knapp charakterisiert: Bevölkerungsstärkstes Land und erneut auch größte Volkswirtschaft in der Mitte Europas, zukünftig auch in der Mitte einer erweiterten Europäischen Union. Historisch belastet mit nachbarlichem Streit, heute stets auf friedlichen Ausgleich bedacht – aber von den Nachbarn immer wieder erinnert an die kurzen, verbrecherischen Jahre des Nationalsozialismus und kritisch beäugt wegen Größe und Gewicht.

III

Um uns und unsere deutschen Interessen zu verstehen, müssen wir nun wieder lernen, geopolitisch zu denken. Denn wie ein wesentlicher Teil unserer spannungsreichen Vergangenheit aus der schwierigen Mittellage in Europa erwuchs, so ergeben sich auch unsere Interessen heute und morgen wiederum aus unserer geographischen Lage in der Mitte dieses kulturell so differenzierten, vielsprachigen europäischen Kontinents. Die Interessen unserer Nachbarn sind nicht immer auch die unseren, aber die Austragung von Riva-

litäten und die Konflikte von Interessen in Europa sind nun nicht mehr mit gefährlichen militärischen Optionen belastet, sondern sind im Gegenteil heute in einen Prozess europäischer Integration eingebunden, der von allen Völkern Europas in europäischer Gemeinsamkeit mit großer Entschlossenheit zur Integration vorangetrieben wird.

Deutschland, in den Augen unserer Nachbarn zwar der europäische Störenfried des 20. Jahrhunderts, wird damit heute als Kraft in der Mitte des Kontinents zum zentralen Schlüssel der europäischen Einigung. Auch diese Rolle hat ja ihre europäische Geschichte: Schon das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ hatte im Zentrum Europas eine wichtige Aufgabe der Vermittlung und Befriedung. Das galt, wie man heute wieder deutlicher erkennt, auch für die Donau-Monarchie der Habsburger und für das Bismarcksche Reich, bis wilhelminische Großmannssucht und Torheit diese Stabilität in der Mitte des Kontinents schließlich zerstörte. Doch Europa als zu gestaltender Friedensraum wurde erneut Bestandteil der Außenpolitik auch der Weimarer Republik. Denn im geographischen Zentrum des europäischen Kontinents, dort, wo die Konfliktlinien sich schnitten, dort lagen eben immer auch die Chancen für friedliche Einigung.

So ist nun Deutschland auch im 21. Jahrhundert, trotz und wegen seiner Geschichte, wieder diejenige Nation Europas, in deren Hand letztlich das Schicksal der europäischen Integration liegt. Dieses Ziel dieser Integration umfasst jetzt den ganzen europäischen Kontinent; es bezieht wirtschaftlich, sicherheitspolitisch und kulturell sogar Russland ein, obwohl Russland wegen seiner Bevölkerungsstruktur und geographischen Ausdehnung formal wohl niemals Teil einer Europäischen Union werden kann. Aber wie bedeutend gerade die deutsch-russischen Beziehungen für Europa sein können, das hat der Besuch Präsident Putins erst vor wenigen Tagen erneut gezeigt.

Deutschland selbst hat auf diesem Zukunftsweg der europäischen Ost-West-Integration bereits einen ersten, wichtigen Beitrag zu leisten unternommen: Wir haben vor 12 Jahren den nach westlichen Maßstäben völlig maroden, aber nach den Maßstäben des Sowjetimperiums damals im Comecom zweitstärksten Industriestaat, die DDR, ohne Anpassungsfristen in den „Westen“ integriert; eine Region fast so bevölkerungsstark wie die ehemalige Tschechoslowakische Sozialistische Republik (die CSSR) und noch heute wesentlich bevölkerungsstärker als z. B. Ungarn. Größer auch an Fläche und Bevölkerung als die Niederlande.

Es ist hier nicht der Ort, um darüber zu rechten, was im Vereinigungsprozess richtig und was falsch gemacht wurde. Sicher ist, dass es 1989/90 im Grundsatz keinen anderen als den Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion und schließlich zur staatlichen Einheit Deutschlands gab. Und, dass angesichts dieser Unausweichlichkeit auch jeder Vergleich mit den Entwicklungen anderer, nach dem Zerbrechen des Sowjetreiches wirtschaftlich und politisch frei gewordenen Nationalstaaten Mittel- und Osteuropas ins Leere gehen muss. Denn die ehemalige DDR wurde über Nacht zwangsläufig Teil einer Hochlohn-Wirtschaft; einer Hartwährungs-Wirtschaft. Das musste andere Konsequenzen haben als ein Wiederaufbau hinter Zollgrenzen und mit entsprechend günstigen Wechselkursen, wie dies zum Beispiel Ungarn, Polen oder Tschechien möglich war. Es war nämlich undenkbar für Deutschland, dass sich noch über viele Jahre zwischen Ost- und West-Berlin, zwischen Hamburg und Schwerin oder Fulda und Erfurt Lastwagenschlangen an Zollgrenzen stauen würden, wie dies bis heute in Frankfurt-Oder an der Grenze zu Polen der Fall ist.

Beide, die „neuen“ Länder und die so genannte „alte“ Bundesrepublik, haben im Wiederaufbau eines Kernstaates des ehemaligen Ostblocks bis heute Unvergleichbares geleistet. Auch wenn die Arbeitslosigkeit noch immer doppelt so hoch ist wie im Westen, so ist in 12 Jahren eine einmalige physische und demokratische Aufbauarbeit erfolgt. Die Ostdeutschen haben dabei einen unglaublich harten Strukturbruch er- und getragen. Und West-Deutschland, noch immer Kraftzentrum der Nation, hat diesen Prozess mit bisher über 1,3 Billionen DM finanziert (also mehr als 650 Mrd. Euro), denn letztlich wird der Westen für lange Zeit auch weiterhin den Löwenanteil der

Zinsen unserer, seit 1989 mehr als verdoppelten Staatsverschuldung zu tragen haben. Länder und Gemeinden im Osten müssen weiter subventioniert werden; der Aufbau Ost ist noch lange nicht bewältigt. Er zehrt inzwischen gefährlich an Deutschlands Substanz, denn der Transfer von West nach Ost beläuft sich heute noch immer auf zwischen 60 bis 80 Mrd. Euro im Jahr, d.h. rund 4% des westdeutschen Sozialproduktes. Nebenbei gesagt: Wen wundert da die Gefahr eines „blauen Briefes“ aus Brüssel?

Doch weitere Belastungen warten auf Deutschland. Denn die Notwendigkeit einer substantiellen deutschen Beteiligung an der europäischen Aufbauarbeit im Osten wird nicht an der Grenze der ehemaligen DDR Halt machen. Trotz der noch unbewältigten Aufgabe einer sozialen Integration der „neuen“ Länder Ostdeutschlands in die Bundesrepublik werden wir erneut wirtschaftlich und finanziell wesentliche Verantwortung auch für die Ost-Erweiterung der Union tragen müssen. Darüber hinaus: Auch Zuwanderung und Standort-Konkurrenz aus den Beitrittsländern werden uns als unmittelbaren Nachbarn härter treffen als andere Länder Westeuropas. Und die „neuen“ Länder der ehemaligen DDR, ohnehin wirtschaftlich schwach, werden das besonders zu spüren kriegen.

Kurz nach dem Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums in West- und Osteuropa gab es gelegentlich eine Diskussion über Deutschlands Rolle als einer „Brücke“ zwischen Ost und West. Erinnerungen an Rapallo und dergleichen wurden von Journalisten im In- und Ausland wachgeküsst. Solche Spekulationen waren unsinnig. Die alte Bundesrepublik war inzwischen ein westliches Land geworden. „Der lange Weg nach Westen“, wie Heinrich August Winkler in seinem großen Geschichtswerk diese Entwicklung Deutschlands kennzeichnete, war längst zu Ende: Wir waren im „Westen“ angekommen. Wir sind auch als wiedervereinigtes Deutschland heute keine Nation mehr „dazwischen“ – wenn wir es denn jemals waren –, wir sind kulturell und politisch westeuropäisches Kernland.

Das ändert allerdings nichts an unserer geographischen Lage und ihren Angrenzungen nun an die Armutsgrenze zwischen West- und Ost-Europa. Aus dieser Lage ergeben sich die besonderen Aufgaben Deutschlands. So wie Großbritannien aufgrund seiner geographischen Lage, seiner Geschichte und Sprache immer eine besondere Nähe zu den USA haben wird, ungeachtet seiner sonst eindeutigen kulturellen Zugehörigkeit zu Europa. Oder so wie Frankreich, Spanien, Italien oder auch Griechenland immer eine besondere Affinität zu Nordafrika und dem Nahen Osten haben werden, so erwachsen eben für Deutschland aus Lage und Geschichte nun wieder besondere Interessen und besondere Verantwortungen gegenüber Ost- und Mitteleuropa.

Wir sind zugleich eben auch die einzige große Nation Europas, die wichtige Grenzen nach Ost und West, also auch mit bedeutenden westlichen Mächten Europas, teilt, zu Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg, zu Dänemark, zu Österreich und zu der Schweiz. Deutschland, das Land der Mitte in Europa, ehemals Schnittpunkt der Konflikte, wird damit im befriedeten Europa unausweichlich zu dem Land, das eine besondere Verantwortung tragen muss für die europäische Integration; für die Vereinigung des Westens Europas, geprägt heute durch die marktwirtschaftlich- demokratische Europäische Union, mit dem Osten Europas, ganz anders geprägt durch eine lange Periode sowjet-kommunistischer Herrschaft.

IV

Wir Deutsche haben uns diese geopolitische Bedeutung, haben uns Bevölkerungsstärke und wirtschaftliche Bedeutung nicht ausgesucht. Und sie zu begreifen und umzusetzen bedeutet auch keinen europäischen Führungsanspruch Deutschlands im traditionellen Sinne. Wir haben keine hegemoniale Zielsetzung. Aber ganz nüchtern müssen wir dennoch feststellen, dass Lage und Größe uns eine besondere Verantwortung geben.

Deutschland hat damit, mehr noch als unser großer Partner, als Frankreich, eine zentrale Verantwortung für die Zukunft Europas, weil eben nur wir gleichgewichtige Nachbarschaften im Osten wie im Westen unseres Kontinents haben. Es ist diese geopolitische Lage, die uns nun vor eine besondere

europäische Aufgabe stellt, ob wir wollen oder nicht.

Unsere Geschichte macht uns übrigens darüber hinaus für diese Aufgabe auch dadurch besonders geeignet, dass wir – als Erfahrung des Nazi-Reichs – heute weniger „national“ bewusst und gesinnt sind als die anderen großen Nationen, als zum Beispiel Frankreich oder Großbritannien. Wir sind nicht mehr in hegemonialen Erinnerungen gefangen; leichter können wir uns nun auch als Teil eines größeren Ganzen verstehen. Frankreich kann seine hegemoniale Vergangenheit in Europa nur schwer vergessen, und Großbritannien möchte ohnehin, wie das vergangene halbe Jahrhundert immer wieder gezeigt hat, nicht europäische Integrationsmacht sein. In seinem Herzen lebt Großbritannien noch immer die alte „balance of power“ Tradition, sein *divide et impera* des Kontinents, seine nichtkontinentale, eigentlich außereuropäische Sonderrolle.

So bleibt uns Deutschen eine zentrale Verantwortung, uns dem geografischen Schnittpunkt der ehemaligen europäischen Konflikte, der nun, im befriedeten Europa, zum Schnittpunkt friedlicher Integration werden muss. Es ist nicht die Frage, ob wir eine solche führende Verantwortung für die europäische Integration haben wollen: Wir könnten diese Verantwortung auch durch noch so viele Beschwichtigungen nicht von uns weisen. Die Frage ist allein, ob wir diesem historischen Auftrag gerecht werden. Werden wir es nicht, wird nicht nur Deutschland, es wird das ganze Europa leiden.

V

Wir leisten heute diese Aufgabe nicht. Dafür gibt es sicher vielerlei Gründe, sicherlich auch solche, die aus unserer Geschichte und auch ihrer missverstandenen Verarbeitung resultieren. Aber zunächst scheint schon unsere wirtschaftliche Kraft vor dieser Aufgabe zu versagen. Unser europäischer Auftrag ist deswegen zunächst ein Auftrag an uns selbst: an die größte Volkswirtschaft in der Mitte Europas. Um der europäischen Aufgabe gerecht zu werden, dürfen wir nicht Schlusslicht in Wachstum und Zukunftsfähigkeit in der Gemeinschaft bleiben. Es gibt unbewältigten Reformbedarf, wie uns dies faktisch alle nationalen und internationalen Fachleute mit Recht vorhalten: Vom Steuersystem über die grundsätzliche Reform unserer sozialen Sicherungssysteme bis zur Vereinfachung unseres überregulierten Staates. Durch unsere Verkrustungen behindern wir auch Europa. Die erforderlichen Entscheidungen sind bekannt; hier müssen wir endlich handeln.

Ich will jedoch auf zwei Aspekte der Schwäche Deutschlands verweisen, die in dieser Kausalität, so scheint mir jedenfalls, von der Öffentlichkeit noch immer gefährlich unterschätzt werden.

Da ist einmal der unvollendete Aufbau Ost. Seine Finanzierung zehrt zunehmend, wie ich bereits sagte, an unserer ökonomischen Substanz insgesamt, und die dadurch entstehenden sozialen Spannungen verursachen – auch über den wachsenden Einfluss der PDS – negative Wirkungen auf unsere wirtschaftliche Liberalität und unsere politische Stabilität. Die Europäische Kommission hat kürzlich festgestellt, dass zwei Drittel unserer Wachstumschwäche hier ihre Ursache haben. Leider wird aber über Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer Bewältigung dieser besonderen deutschen Problematik weder in der Gesellschaft noch in der Wirtschaft und leider auch nicht in der Politik ehrlich genug gesprochen und energisch genug gestritten. Der Streit der Parteien ist Selbstzweck geworden, und Wahlkampf steht im Mittelpunkt. Wir schieben das Problem ohne strategischen Lösungsansatz vor uns her.

Im Westen des Landes interessiert das Thema „Ost“ eigentlich nur wegen der ökonomisch-finanziellen Belastungen des Westens; kaum jemand interessiert sich für Leben und geistige Entwicklung der „neuen“ Länder, die immerhin ein Drittel der Fläche Deutschlands ausmachen. Und im Osten verweisen auch die so genannten „West“-Parteien nicht offen genug auf das banale ökonomische Einmaleins, dass nämlich soziale Leistungen immer nur ökonomischen Ergebnissen nachfolgen können und dass es umgekehrt nicht gehen kann. Marktwirtschaftlicher Aufbau, das Fundament des modernen

Sozialstaats, setzt immer zunächst private Kapitalbildung in Unternehmen voraus. Und Kapitalbildung kann im demokratischen Staat niemals wirklich gerecht sein. Wer das nicht will, wird im Ergebnis auch kein Demokrat bleiben können, wie wir heute wissen. Wenn es uns also nicht gelingt, das Thema Aufbau Ost in diesem Sinne langfristig und wirklich strategisch anzugehen – also größere Unternehmenserträge im Osten zu ermöglichen –, dann könnte Deutschland in der Tat auf lange Zeit zum „Kranken Mann“ Europas werden. Das aber würde uns dann auch an der Wahrnehmung unserer europäischen Verantwortung hindern und wäre damit auch verheerend für den Integrationsfortschritt in Europa.

Ein weiterer Grund für die Lähmung Deutschlands liegt in der Organisation unseres politischen Entscheidungssystems. Andere, sich schneller an die Weltentwicklungen anpassende europäische Staaten sind Zentralstaaten, wir haben ein kompliziertes System von Bund, Ländern und Gemeinden. Wir nennen das Föderalismus, aber unsere politische Organisation ist eigentlich gar kein Föderalismus. Allzu sehr sind Verantwortungen und Zuständigkeiten von Bund und Ländern aneinander gekettet. Wir haben – ganz anders als zum Beispiel die Schweiz, als die USA oder andere große föderale Staaten – keine wirklich eigenverantwortlichen Gliedstaaten entwickelt, sondern eine schwerfällige politische Konsensmaschinerie konstruiert, die wir „kooperativen“ Föderalismus nennen. Föderalismus heißt aber, dass in wesentlichen politischen Fragen eine eigenständige Verantwortung für Entscheidungen und deren Folgen bei den Gliedstaaten oder beim Bund erkennbar getrennt liegen müssen. Henning Voscherau hat über dieses Thema in dieser Vortragsreihe gesprochen, und ich schließe mich seinen sehr sachkundigen Ausführungen ausdrücklich an. Hier liegt eine große verfassungspolitische Aufgabe, eine Entflechtungs- und Ordnungsaufgabe, ohne deren Bewältigung kaum Aussicht auf eine wieder innenpolitisch wirklich handlungsfähige Bundesrepublik Deutschland besteht. Ein handlungsschwaches Deutschland aber produziert am Ende auch ein handlungsschwaches Europa. Auch hier fehlt die große geistige Debatte über eine Reform unserer Verfassung.

Alles in allem, man muss sich große Sorge machen um Deutschland, weil ein fester politischer Wille, unsere Probleme zu erkennen und dann auch anzugehen, nicht sichtbar ist.

VI

Ich umriss, was wir bei uns selbst leisten müssen, um die Voraussetzungen für eine Erfüllung unserer Verantwortung auch in Europa zu schaffen.

Stärke im Inneren wieder zu gewinnen ist eine entscheidende Voraussetzung, weil wir in der Integration nur führen können, wenn wir dafür auch eine überzeugende Kraft einbringen. Das heißt allerdings nicht, wir sollten gegenüber unseren Nachbarn deutsche Stärke demonstrieren. Wer in Europa und für Europa verantwortungsvoll wirken will, der muss dies, angesichts der vielen nationalen Empfindlichkeiten, mit leisen Tönen tun. Im Prozess des Zusammenwachsens geht es deswegen immer auch um das wirkliche Verständnis der Interessen unserer Nachbarn, um den ständigen Versuch, ihre Interessen und die Europas mit den nationalen Interessen Deutschlands vereinbar zu machen. Nur verständnisvoll – d.h. wissend auch um die Besonderheiten der Nachbarn, ihre Empfindungen und Wünsche – können wir als Zentrum Europas den Integrationsprozess erfolgreich vorantreiben.

Wir sind auch hier wiederum die einzige der großen – aber auch der kleineren! – Nationen in Europa, die eben wegen ihrer nachbarschaftlichen Verflechtungen im Stande sein könnte, eine vermittelnde Führungsrolle in diesem Sinne zu übernehmen. Dabei geht es nicht darum, Kommission, Rat oder Parlament – wie immer ihre zukünftige Rolle vom Konvent und den Gremien der Union definiert sein werden – zu umgehen. Es geht vielmehr in erster Linie um die konzeptionelle Vorbereitung europäischer Entscheidungen, um das Gewinnen von Unterstützungen für diese Entscheidungen auch im deutschen Interesse, also um eine Organisation der politischen Kommunikation und Willensbildung in Europa außerhalb des formalisierten Entscheidungsprozesses. Wo der geistige, konzeptionelle und intellektuelle Dialog nicht

über die Grenzen der Nationalstaaten hinaus europäisch geführt wird, dort wird am Ende auch kein handlungsfähiges Europa entstehen. Man stelle sich einmal vor, nur Bundesrat und Bundesregierung würden über die deutschen Ländergrenzen hinweg geistig wirken, im Übrigen bliebe alles in den Ländergrenzen befangen – eine schreckliche Vorstellung!

Zwei entscheidende Verschiebungen von Prioritäten folgen aus dieser Erkenntnis: Unsere außenpolitische Arbeit muss sich zunächst wieder verstärkt auf die europäischen Nachbarn konzentrieren, um den Dialog zu vertiefen. Eine solche Zuwendung zur Aufgabe Europas wird Zeit und Energie deutscher Politiker stärker beanspruchen müssen als bisher. Und, da wir schon heute finanziell und intellektuell nicht alle Aufgaben gleichzeitig schultern können, müssen dann auch unsere Ressourcen klarer auf die europäische Priorität eingerichtet werden.

Deutschland ist heute zumindest technisch nicht die stärkste Militärmacht Europas. Im westlichen Bündnis, aber auch in Deutschland selbst, meint mancher, unserem Land zukünftig größere militärische Beiträge abringen zu sollen. Dabei geht es um zweierlei: Es muss einerseits für Deutschland selbstverständlich sein, dass wir uns an der Seite unserer Partner sowohl im Nato-Bündnis als auch bei der Bekämpfung des internationalen Terrors sichtbar beteiligen; wegducken, längst vergangene Geschichte zitierend, darf nicht gelten. Aber andererseits liegt eben im Militärischen nicht unsere wichtigste Aufgabe. Denn Deutschland ist, wie gesagt, nicht nur gefordert, zunächst noch die überaus schwierige Aufgabe der Wiedervereinigung zu bewältigen. Auch die Aufgabe der Integration Ost- und Mitteleuropas liegt vor uns, und auch sie wird zwangsläufig unsere Ressourcen besonders belasten.

Wir sollten unseren Partnern deswegen die deutsche Sonderlage klarer machen und unsere Priorität Europa strategisch präziser begründen. Ziviler Aufbau im Osten ist nach dem Zusammenbruch des Sowjetsystems die wichtigste deutsche Aufgabe. Und ziviler Aufbau in den Beitrittsländern wird auch zukünftig für Deutschland und Europa der wichtigste Beitrag zur Sicherheit und insbesondere zur politischen Stabilität in Europa sein. Auch die USA werden davon profitieren, wenn es gelingt, im ganzen europäischen Raum – und der schließt in diesem Sinne sowohl Russland als auch die Türkei ein – politische und wirtschaftliche Stabilität zu schaffen. Wir können – und ich meine, wir sollten! – auch unsere deutschen finanziellen Beiträge bei der Integration eines ehemals kommunistischen Landes (der DDR) offen mit unseren militärischen Beiträgen summieren und verrechnen.

VII

Wenn man die Herausforderungen europäischer Politik der kommenden Jahrzehnte auf eine zentrale Frage reduzieren wollte, dann hieße diese Herausforderung – trotz anderer aktueller Akzente – nicht die Beseitigung des militärischen Ungleichgewichts gegenüber den USA, sondern die Erneuerung (und, nach Osten, Ausdehnung) eines international wettbewerbsfähigen demokratischen Sozialstaates kontinentaleuropäischer Prägung. Wir sollten deswegen uns nachdrücklich dagegen wehren, wenn dies als eine Art Drückebergerei im Militärischen interpretiert wird. Hier unterscheiden sich dann inhaltlich und geopolitisch auch unsere Sicherheitsinteressen von denen der USA.

Denn selbstverständlich sind zwar innere und äußere Sicherheit auch für uns Voraussetzungen eines wettbewerbsfähigen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems, aber diese „Sicherheit“ wird in Europa, das sagt uns unsere Erfahrung, zunächst sehr viel stärker als in den USA von den innenpolitischen Gegebenheiten bestimmt. Wir Europäer haben, durch die Ereignisse des 11. September veranlasst, sehr wohl verstanden, dass Nachrichten- und Polizeisysteme erheblich verstärkt und europäisch eng zusammengeführt werden müssen. Sie müssen technisch und personell trotz hoher Kosten ständig auf dem letzten Stand gehalten werden. Aber Terrorbekämpfung ist gemeinsame Sache geworden, doch sie ersetzt nicht kluge Diplomatie und nüchterne ökonomische Politik. Wir müssen auch gemeinsam immer wieder die Grenzen zwischen liberalem Rechtsstaat und wehrhafter Demokratie

definieren. Doch die Zeiten, in denen Terroristen gegen den einen Staat in der Europäischen Gemeinschaft in einem anderen Nachbarstaat der Gemeinschaft eventuell Asyl erhalten könnten, wie dies noch in den 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts der Fall war, diese Zeiten sind wirklich vorbei. Wir sind hier europäisch auf gutem Wege. Die Herausforderung wurde angenommen, auch wenn sie noch lange nicht bewältigt ist.

Auf dem Felde äußerer Sicherheit im klassischen (den Terror nicht einbeziehenden) Sinne hat sich jedoch seit dem Ende des Kalten Krieges die Lage für Europa grundsätzlich verändert. Es kann zwar auch in Europa immer wieder ein Aufflackern regionaler, bürgerkriegsähnlicher Konflikte geben. Und auch Deutschland muss dann in der Lage sein, vor Ort Beiträge zur Herstellung eines demokratischen Gewaltmonopols zu leisten. Aber die grundsätzliche Bedrohung, unter der früher Mittel- und Osteuropa angesichts russischer Expansionsbestrebungen vom Balkan bis in den deutschen Raum zu leben hatten, diese Bedrohung ist wohl endgültig Vergangenheit. Dies gilt allerdings insbesondere dann, wenn es uns eben gelingt, auch die osteuropäischen Räume wirtschaftlich und sozial zu befrieden.

Die weltpolitische europäische Aufgabe heute liegt, anders als die der USA, nicht in der Fähigkeit, weltweite Interventionskräfte zur Verfügung zu stellen, sondern sich auf unsere Möglichkeiten zu konzentrieren, und das heißt in erster Linie: die endgültige Befriedung des europäischen Kontinents – und dies erstreckt sich dann in der Tat auch auf das ganze Russland. Wobei wir wieder bei dem europäischen Integrationsauftrag Deutschlands sind.

VIII

Wenn Deutschland im Prozess der europäischen Einigung seine entscheidende Zukunftsaufgabe sehen muss, bedeutet das zwangsläufig auch die Konzentration unserer Ressourcen auf diese Aufgabenstellung. Ich kann aus Zeitgründen wiederum nicht auf Bestandteile und Einzelheiten einer so orientierten deutschen Interessenpolitik eingehen. Hier nur einige Punkte.

Außenpolitik und Innenpolitik sind nicht dasselbe, aber sie sind immer eng verknüpft. Das heißt: Wenn wir bei uns, bei unseren Nachbarn, ob im Osten oder im Westen, im Norden oder im Süden, den Prozess der Erneuerung eines wettbewerbsfähigen Europa verantwortungsvoll voranbringen wollen, dann erfordert das eben eine intensive sprachliche, kulturelle und wirtschaftliche Kooperation mit allen Nachbarn; eine Kommunikation, in der wir Deutsche ebenso die Lernenden sein können und müssen, wie dies dann auch für unsere Nachbarn gilt.

Dafür jedoch bedarf es eines viel intensiveren Austauschs mit unseren vielen und so vielsprachigen Nachbarn in Europa. Dabei geht es dann eben nicht nur um die Pflege deutscher Sprache in diesen Ländern, sondern auch um eine nachdrückliche Förderung der Sprache unserer Nachbarn bei uns. Zweisprachigkeit bei uns, besonders in den deutschen Grenzgebieten (Dänisch, Holländisch, Französisch, Tschechisch, Polnisch), aber auch Russisch wäre ein erntener Vorteil für die deutschen Interessen in Europa und sollte deswegen strategischer Bestandteil deutscher Europapolitik sein. Die Kenntnis der Sprache unserer Nachbarn ist eben nicht nur freundliche, kulturelle Konzession an diese, sondern muss Kernbestand deutscher europäischer Innenpolitik sein und sollte deswegen auch nachdrücklich bundespolitisch unterstützt werden, in enger Abstimmung mit den jeweils angrenzenden Bundesländern natürlich. Kulturelle Begegnungen sollten auch nicht nur als gelegentliche Festivals, als Dekoration und „good will“-Aktionen verstanden werden, sondern ebenfalls als strategische Bestandteile einer langfristigen europäischen Integrationspolitik in deutschem Interesse. Herausragende Stipendien für nachwachsende Eliten unserer Nachbarländer müssten finanziell auch als bundespolitischer Bildungsbeitrag zur europäischen Integration systematisch organisiert werden. Auch unsere Medienpolitik, insbesondere des Fernsehens, sollte konzeptionell in diese Strategie einbezogen werden. Und so weiter.

Eine solche deutsche Konzentration auf Europa wird unausweichlich eine begrenzende Wirkung auf die deutsche Präsenz in anderen Regionen haben

müssen. Auch hier müssten dann strategische Prioritäten noch konsequenter als heute definiert werden. In Singapur, zum Beispiel, könnten die Europäer ein großes, gemeinsames Kulturinstitut haben; aber in Lille, wo kürzlich ein Goethe-Institut geschlossen werden sollte, dort sollten wir ein deutsches Kulturinstitut behalten. Alles auf einmal geht eben für eine mittlere Macht wie Deutschland nicht mehr. Unsere Aufgabe ist jetzt Europa, und wenn wir entsprechend fokussiert in Europa erfolgreich sein werden, dann kann unser Einfluss über diese zentrale Rolle in Europa auch weltweit wieder erheblich wachsen.

Doch wie ist die Wirklichkeit? In den vergangenen Jahren wurde aus Finanzgründen die deutsche Präsenz in Botschaften und Konsulaten bei den Mitgliedstaaten der Union immer weiter abgebaut. Nun überlegt man sogar, ob es nicht richtig wäre, auch Goethe-Institute usw. in diesen Ländern entweder zu verkleinern oder sogar zu schließen. Das Argument lautet: Hier leistet der europäische Integrationsprozess bereits seine Arbeit; da bedarf es nicht auch noch so genannter „bilateraler“ Repräsentanz.

Mir scheint, das Gegenteil wäre richtiger. Gerade weil Deutschland als Land der Mitte, als große Wirtschaftsnation und auch als – jedenfalls bisher – doch sehr erfolgreiches Modell einer sozialen Marktwirtschaft eine so maßgebliche Rolle im Integrationsprozess spielen muss, sollten wir unsere Instrumente für eine solche Rolle nicht zuvor selber stumpf machen. Die Erhaltung und Verbreitung unserer Sprache, die kulturelle Verständigung mit den Nachbarn, gerade in den Grenzräumen, auch durch die Pflege von deren Sprache; der systematische Austausch von sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Erfahrungen zwischen den Instituten der Nachbarn und den unsrigen, ja auch in bilateralen gemeinsamen Fachinstituten dieser Art: Das alles werden wir benötigen, wenn wir unsere geopolitische Aufgabe auch gegenüber den zukünftigen Beitrittsländern erfüllen wollen.

Niemand sage: Das können wir nicht bezahlen. Denn gemessen am heutigen Bundeshaushalt wären dort nur marginale zusätzliche Mittel notwendig. Und im Wege einer strategisch orientierten deutschen Interessenpolitik müsste dann eben von anderen Aufgabenbereichen der Ausgleichsbetrag aufgebracht werden.

IX

Strategische Entscheidungen über Prioritäten setzen allerdings voraus, dass man weiß, was man will – und, dass man einen Willen aufbringen kann, um zu wollen.

An dieser Stelle muss ich noch einmal auf die Problematik der deutschen Geschichte eingehen. Sie ist ja unbestreitbar eine große Belastung für die deutsche Politik, bis heute. Muss sie uns bei der Erfüllung unserer zukünftigen Aufgaben im Wege stehen?

Für uns selbst kann und darf es natürlich kein Vergessen deutscher Verbrechen der Nazi-Jahre geben. Und dennoch, oder gerade deswegen: Wir Deutsche habe uns nun lange vorrangig mit dieser Vergangenheit der Nazi-Jahre beschäftigt. Solange dies einer notwendigen Konfrontation mit uns selbst diente und die Wahrheit über unsere Verstrickung in die Nazi-Verbrechen und den Holocaust an das Tageslicht brachte, so lange war diese Selbsterforschung notwendig und nützlich. Doch nun beginnen wir uns im Erkennen zu wiederholen und unsere geistigen Kräfte auf immer mehr Einzelheiten der Nazi-Jahre zu erstrecken. Einzelheiten, die dem Historiker wichtig und interessant erscheinen mögen, die uns jedoch unsere heutige Verantwortung für eine schwierige Zukunft verstellen könnten. Erinnerung ist kein Selbstzweck, sondern ein Auftrag. Amerika beschäftigt sich auch mit seiner rassistischen Geschichte. Aber dennoch überwiegen in der geistigen Debatte dieses Landes die Fragen nach der Zukunft, nach dem besten Weg für die USA von morgen. Die USA suchen nach ihrer Aufgabe in der Welt. Eine solche Debatte fehlt uns. Die geistig-politische Debatte über Deutschland ist vorwiegend eine Vergangenheitsdebatte. Wir werden von so genannten Historiker-Debatten dominiert. Das darf so nicht bleiben. Ein Volk nämlich, das seiner Vergangenheit mehr geistige Kraft zuwendet als seiner Gegenwart und Zukunft, hat auch

keine Zukunft. Und entflieht so seiner heutigen Verantwortung.

Unsere Aufgabe ist es aber heute, im Bewusstsein unserer Geschichte und ohne Vergessen endlich unsere nationalen Interessen in Europa als europäische Aufgabe zu verstehen und zu definieren und diese Interessen dann mit festem politischem Willen zu verfolgen.

Wir müssen uns endlich von der einseitigen Befassung mit der Geschichte der Nazi-Jahre lösen, müssen unsere ganze Geschichte und ihre geopolitischen Quellen wieder zu verstehen suchen, um so eine strategische Ausrichtung deutscher Politik debattieren und entscheiden zu können. Für Europa zu sein ist zwar gute Absicht, aber eben noch keine Politik.

Deutschlands europäischer Auftrag resultiert aus seiner Lage und Größe. Unsere Geschichte, die ja ebenfalls ein Produkt dieser Lage war, darf kein Hindernis mehr sein, sondern sollte vielmehr heute eine Unterstreichung unseres europäischen Auftrags bedeuten: Es gilt das Potenzial der geographischen Mitte Europas, das über Jahrhunderte als deutsche Frage Konfliktstoff in Europa und der Welt war, nun zu einer entscheidenden Friedenskraft der äußerst schwierigen Integration von Ost und West in Europa werden zu lassen. Zum Segen unserer Völker – und wenn es geht, der Welt. ■